

## Haushaltsrede Etat 2021

gehalten von Rudolf Bindig, SPD-Fraktionsvorsitzender



### Anrede

Als wir im letzten Jahr den Haushalt für 2020 beraten haben, gingen wir davon aus, dass wir uns auf ein Normaljahr vorzubereiten haben. Wir haben über die bevorstehenden großen Investitionen bei den Berufsschulen und bei der künftigen Unterbringung der Verwaltung diskutiert. Als die großen Herausforderungen, vor die der Landkreis gestellt ist, haben wir die Digitalisierung der Wirtschaft, den Klimaschutz mit der bevorstehenden Verkehrswende und in der Natur den dramatischen Rückgang der Arten thematisiert. Zu diesen Bereichen sind im letzten Jahr vom Kreistag haushaltsrelevante Beschlüsse gefasst worden.

Das Jahr verlief dann in markanter Weise anders. Die Corona-Problematik wirkt sich nicht nur auf unser aller tägliches Leben aus, sondern sie hat auch Auswirkungen auf die Grundlagen unseres Kreishaushaltes. Hier geht es vor allem um den fairen Ausgleich innerhalb der kommunalen Familie bei der Entscheidung über die Höhe der Kreisumlage.

Es hat sich erneut gezeigt, dass beim Blick auf längere Linien der Kommunalpolitik immer damit gerechnet werden muss, dass plötzlich Sonderentwicklungen eintreten, die erhebliche Auswirkungen auf die Finanzplanungen und Finanzentscheidungen haben.

Vor einigen Jahren war dies das Flüchtlingsgeschehen mit den großen auch finanziellen Anforderungen an die Gemeinden und den Landkreis, jetzt ist es die Corona-Pandemie. Was damals kaum zu bewältigen schien und mutmachend mit dem Ausspruch der Kanzlerin „Wir schaffen das“ angegangen wurde, muss auch jetzt bei der Pandemie gelten: „Wir stehen das durch.“, „Wir kriegen das hin.“

Die finanziellen Auswirkungen auf allen politischen Ebenen, sind dabei ungleich höher als bei der Flüchtlingsfrage. Das betrifft Europa, den Bund, die Länder und die Kommunen. Vor allem der Bund hat bisher die Hauptbelastungen auf sich genommen. Er zahlt jährlich 10 Mrd. € mehr nach Europa, macht für das laufende Jahr Schulden in Höhe von 218 Mrd. € und plant für das kommende Haushaltsjahr eine Neuverschuldung von fast 180 Mrd. € ein. Das Land plant mit einer Neuverschuldung von bis zu 13,5 Mrd. €. Die Kommunen haben erhebliche Einnahmerückgänge zu verkraften.

Der Bund hat zügig gehandelt, um noch größeren Schaden abzuwenden. Wie das allerdings einmal alles und von wem bezahlt werden soll, dazu hat die politische Debatte



noch gar nicht begonnen. Dies wird noch verdrängt oder bewusst übergangen. Erste Lobbygruppen und Parteien äußern sich bisher nur dazu, wer es auf gar keinen Fall bezahlen soll. Immer nach dem Motto: Hilf mir, hilf mir, - aber erwarte nicht, dass ich mich später an der Bezahlung beteilige.

Wenn es um so viel Geld geht, muss es geradezu zu Konflikten zwischen den verschiedenen politischen Ebenen kommen. Wer – Bund oder Land – zahlt was, wer leistet welche Ausgleichszahlungen, wie ist die Finanzverteilung zwischen dem Landkreis und den Gemeinden zu regeln?

Auch hier im Landkreis sind die unterschiedlichen finanziellen Betroffenheiten und Interessenlagen deutlich geworden. Wir haben aber, und das ist lobend zu erwähnen, einen Weg gefunden, vorausplanend zu handeln und sehr fair damit umzugehen. In der Haushaltsstrukturkommission haben wir ermittelt, wo und was beim Kreis reduziert werden kann, und dann haben wir in einer zweiten Runde versucht, eine Balance zu finden zwischen den Problemen der Gemeinden und den Notwendigkeiten für den Landkreis.

Bei diesen Beratungen mussten wir einige Entscheidungen hinnehmen, die uns sehr schwergefallen sind – ich denke dabei vor allem an den Windelsack, der übrigens nicht „abgeschafft“ worden ist, sondern bei dem das Finanzierungssystem geändert worden ist. Statt bei allen Gemeinden dafür Geld über die Kreisumlage einzusammeln und es dann für alle Betroffenen in den Gemeinden wieder zentral auszugeben, gilt jetzt: Jede Gemeinde, die es will, kann nach ihren Regelungen und auf ihre Kosten diese Sozialleistung direkt erbringen. Dafür geht der Betrag auch nicht mehr in die Berechnungen zur Finanzierung der Kreisumlage ein.

Was die Arbeit der Haushaltsstrukturkommission angeht, so muss nochmal deutlich herausgestellt werden, dass der größte Sparbeitrag schon vorher von der SPD-Fraktion in Verbund mit den Grünen und der ÖDP erbracht worden ist, indem wir durch kluges Abstimmungsverhalten die törichte Planungsgesellschaft verhindert haben. Diese hätte mindestens jährlich 1 Mio. – eventuell sogar bis zu 2 Millionen – Haushalt belastet und dies mindestens 12 – wahrscheinlich aber noch mehr – Jahre lang. Wir haben vor diesem Fass ohne Boden gewarnt! Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, FW und FDP, und auch Sie, Herr Landrat, wollten diese Ausgaben ohne jeden Rechtsgrund dem Kreishaushalt aufbürden. Wo bleibt der Dank für unser verantwortungsvolles, vorausschauendes Handeln und unseren großen Sparbeitrag?

Dieses Jahr aber haben alle Fraktionen – und dies ist hoch einzuschätzen – einen Konsens gefunden, mit dem Vorschlag der Haushaltsstrukturkommission – aber auch dem Angebot der Verwaltung – die Kreisumlage gegenüber dem Erstentwurf nochmals um 1 % abzusenken. Wir als Fraktionen haben uns zusätzlich bereit erklärt, bei der Haushaltsberatung



keine oder nur mäßige Erhöhungsanträge zu stellen, und wenn, dann mit einem Deckungsvorschlag.

Die Haushaltslage ist auch für den Landkreis schwierig, aber wenn man sich einen klaren Kopf bewahrt, kann man doch sagen, der Kreis kann mit dieser Lösung sehr zufrieden sein. Wir haben für die großen Zukunftsinvestitionen eine Rücklage von 29 Millionen und planen – auch nach der Senkung der Kreisumlage – noch ein positives Ergebnis für das Jahr 2021 von rund 17 Millionen ein. Die Gemeinden wiederum akzeptieren, dem Kreis eine Umlage von 25 % zahlen. Sie schützen sich damit davor, nicht später eine deutlich erhöhte Kreisumlage zahlen zu müssen, wenn das Investitionsprogramm des Landkreises in seine Hauptfinanzierungsphase kommt.

Betrachtet man die – trotz allem – guten Finanzzahlen des Kreisetats, kann man in Anlehnung an den historischen Spruch: „Kriege mögen andere führen, tu felix Austria nube“ für den Landkreis sagen: „Schulden mögen andere machen, du glücklicher Landkreis Ravensburg hast Rücklagen und machst sogar noch Gewinne.“

Es ist gut, dass wir als vorausplanende Haushälter nicht von der Hand in den Mund leben, sondern strategisch auch die Finanzbedürfnisse der nächsten Jahre bereits mit einplanen.

In den wichtigen Bereichen der Digitalisierung und beim Klimaschutz (vor allem im Bereich des ÖPNV) sieht der Haushalt in diesem Jahr deutlich erhöhte Beiträge vor.

Bei einem wichtigen sozialen Problem allerdings treten wir seit Jahren auf der Stelle, obwohl dies Problem immer größer wird - das ist der Bereich der Pflege. Es mangelt im Landkreis in großen Umfang in fast allen Bereichen der Pflege: der stationären Pflege, der Übergangspflege, der Kurzzeitpflege. Selbst in der ambulanten Pflege können einige Anbieter aus Kapazitätsgründen und wegen des Fehlens von geeignetem Personal keine Patienten mehr aufnehmen.

Das vom Kreis angebotene Unterstützungsprogramm für Investitionen ist nur einmal in Anspruch genommen worden. Im Haushalt soll es realistischerweise deshalb im Ansatz reduziert werden. Mit der Unterstützung des Programms „Solidarische Gemeinde“ soll ein neuer Akzent gesetzt werden.

Trotz dieser Bemühungen haben wir den Eindruck, dass die Probleme im Pflegebereich in der Region schneller wachsen, als sie gelöst werden können. Es herrscht Pflegenotstand – mit steigender Tendenz.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass sich viele dieser Probleme nur durch Entscheidungen auf anderen politischen Ebenen angehen lassen. Die zentralen Stellschrauben sind auf Bundes- oder Landesebene. Aber es kann doch nicht nach der Methode „Inshallah“ heißen,



„der Herr wird's schon richten“. Wir müssen sehen, wo und in welchem Umfang es Ansatzpunkte gibt, damit in den Gemeinden und von Kreisebene doch noch etwas gemacht wird.

Beharrlich habe ich für die SPD-Fraktion bei etlichen internen Besprechungen immer wieder auf mehr Engagement des Kreises im Pflegebereich gedrängt. Einen besonderen Engpass gibt es bei Plätzen in der Vollzeit-, der Übergangs- und Kurzzeitpflege. Da ist es besonders ärgerlich, dass in Weingarten ein ganzes ehemaliges Krankenhaus leer steht und nicht zur Beseitigung der dringendsten Engpässe genutzt wird. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass der Landkreis sich in diesem Fall beratend, vermittelnd und unterstützend stärker einbringen sollte.

Die SPD-Fraktion hat deshalb zu den Haushaltsberatungen einen Antrag eingebracht zur Erarbeitung eines Dringlichkeitskonzept zur Verbesserung der Pflegesituation in allen Bereichen der Pflege.

Wenn der Antrag auch in diesem Jahr noch nicht unmittelbar haushaltwirksame Auswirkungen hat, ist es für uns der wichtigste haushaltbegleitende, eigentlich haushaltvorbereitende Antrag. Herr Baur hat mit Recht darauf hingewiesen, dass pauschale Anträge, z.B. 1 Millionen für die Pflege – nicht viel weiterhelfen. Es muss klar werden, für welche Projekte und Programme zusätzliche Mittel konkret benötigt werden. Das Dringlichkeitskonzept soll uns Hinweise geben, welche Mittel wir im Pflegebereich in den nächsten Haushalt einstellen müssen. Wir sehen z.B. bei der verstärkten Ausbildung von Pflegepersonal eine Einflussmöglichkeit.

Der neue Sozialdezernent hat bei seiner Vorstellungsrede am Beispiel der Pflege erläutert, wie er an die Bearbeitung eines schwierigen Problems heranzugehen gedenkt. Bei der Erarbeitung des Dringlichkeitskonzeptes zur Verbesserung der Pflegesituation kann er jetzt gleich zeigen, was er kann.

Direkte Auswirkungen auf den Haushalt hat unser Antrag zur Umsetzung der Beschlüsse, die wir nach langer Diskussion zum Landschaftsschutzgebiet im Altdorfer Wald gefasst haben. Die Arbeiten zur Prüfung und Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes (LSG) können nicht allein von der Verwaltung miterledigt werden, sondern müssen nach außen vergeben werden. Wenn der Kreistag es ernst meint mit seinen Beschlüssen zum Altdorfer Wald, muss jetzt mit der Finanzierung begonnen werden.

Die Informationen, die wir dieser Tage zur Behandlung der Petition zum Kiesabbau erhalten, sind eher ernüchternd. Der Landrat hat uns vor einiger Zeit mitgeteilt, dass die beiden beteiligten Ministerien in großem Einvernehmen erklärt haben, dass sie von Landeseite nichts in die Richtung hin unternehmen wollen, dass das Land als Eigentümer des Altdorfer Waldes das Gelände nicht zum Kiesabbau bereitstellen wird, es sei denn, der Petitionsausschuss beschliesse etwas anderes.



Der Petitionsausschuss hat, nach allem was dazu bisher bekannt geworden ist, aber keine politische Entscheidung getroffen. Der Petitionsausschuss hat den Ball zurück an die Regierung gespielt, die nochmals prüfen und untersuchen soll. Das ist ein Ping-Pong-Spiel. Kenner der Materie haben mir schon im Vorfeld gesagt, dass es wahrscheinlich genau so laufen wird. Grün und Schwarz können sich nicht einigen und versuchen deshalb das Problem „weg zu hudeln“, um so über die Landtagswahlen zu kommen. Es zeichnet sich ab, dass die Beratungen auf Landesebene ausgehen werden wie das Hornberger Schießen.

Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt das tun, was wir selber machen können. Wir müssen mit den Arbeiten zur Ausweisung eines LSG im Altdorfer Wald beginnen und dafür die notwendigen Mittel in den Haushalt 2021 einstellen.

Haushaltsbegleitend bringen wir noch einige weitere Themen ein, bei deren Behandlung sich eventuell ergeben wird, dass dafür mehr Personal oder Mittel erforderlich sind. Es handelt sich dabei z.T. um die Umsetzung von Landesaufgaben.

Nach den Skandalen in einigen Schlachthöfen Baden-Württembergs erkundigt sich die SPD-Fraktion, wie es in unserem Landkreis um das Schlachtgeschehen und das Tiertransportwesen steht. Auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sollen betrachtet werden. Im Fernsehen hat WISO erst vor wenigen Tagen berichtet, dass unerträgliche Tiertransporte von Kälbern nach Spanien ihren Ausgang aus dem Raum Bald-Waldsee haben.

Des Weiteren wollen wir uns mit der leider nur schleppend vorangehenden Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie befassen. Die Durchgängigkeit der Flüsse für Fische und andere Lebewesen hat erhebliche Auswirkungen auf die Biodiversität in den Flüssen im Landkreis.

Im ökologischen Bereich beschränken wir uns in diesem Jahr auf dieses Thema. Wir bleiben aber bei unserer Auffassung, dass das Thema Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Erhalt oder Wiederherstellung der Biodiversität weiterhin im Landkreis noch deutlich unterfinanziert ist.

Bei einem Workshop auf einer Videokonferenz haben wir uns neulich über die Biodiversitätsstrategie ausgetauscht. Es gibt zwar einige durchaus beachtliche Projekte, aber bei der Größe und Dringlichkeit des Problems sind dies nur erste, zaghafte Schritte. Das was und was geschieht, verdanken wir vor allem der großzügigen Spende der Kreissparkasse und dem Engagement der Sielmann-Stiftung im Landkreis. Der Eigenbeitrag des Landkreises ist noch sehr gering.

Ich habe schon bei meiner letzten Haushaltsrede beklagt, dass wir nur einen minimalen Bruchteil unseres Haushalts für den Erhalt der Biodiversität ausgeben. Das hat sich nicht verbessert. Im vorliegenden Haushalt ist der Anteil sogar leicht gesunken auf 0,0332 % des Haushalts. Die Gefahren allerdings, die vom Rückgang der Arten ausgehen, sind mittel- und langfristig ungleich größer, wahrscheinlich sogar noch größer als die aktuellen



Gefahren der Corona. Denn ausreichende Biodiversität und Artenvielfalt sind unsere Lebensgrundlage. Auf ihr beruht unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln, mit sauberem Wasser und mit sauberer Luft.

Bundesumwelt- und Bundeslandwirtschaftsministerium arbeiten intensiv an der Definition und der Erfassung eines Artenvielfaltsindikators. Es ist zu hoffen, dass dieser bald so konkret wird, dass er auch auf unseren Landkreis angewendet werden kann.

In der Klimapolitik gibt es inzwischen Zielwerte, die in 10, 20 oder 30 Jahren erreicht werden sollen, und die uns auch als Ziele in der Kreispolitik dienen können. In der Biodiversitätspolitik gibt es bisher nichts Vergleichbares. Wir rudern deshalb ziemlich hilflos herum: was zu tun ist und was eigentlich getan werden müsste. Mehr als das trügerische, gute Gefühl, wenigstens etwas zu tun, haben wir nicht.

Zu den haushaltsbegleitenden Anträgen ist noch zu sagen, dass zwei der Anträge, die wir vor einem Jahr gestellt haben und die ordnungsgemäß zur Bearbeitung in den Ausschüssen überwiesen worden sind, immer noch nicht hinreichend behandelt worden sind. Es geht um die Rückgriffsquote bei den Unterhaltsvorschussleistungen und um die Inklusion behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Kindergärten. Den letztgenannten Antrag haben wir erneut eingebracht, um zu dokumentieren, dass uns dies Thema wichtig ist und dass wir nun endlich eine Aufarbeitung des Problems erwarten. Auch dies sehen wir als haushaltvorbereitenden Antrag für den Haushalt 2022.

Bei diesen Darlegungen zum Haushalt möchte ich es diesmal belassen. Der Landrat hat neulich in wohlgesetzten Worten in diesem Raum gesagt, dass er froh ist, diese Tagungsmöglichkeit hier in Wetzisreute gefunden zu haben. Wir könnten damit nach außen zeigen, dass Politik auf Kreisebene auch unter Corona-Bedingungen möglich ist. Zur Haushaltsberatung gehört auch eine angemessene parlamentarische Erörterung wichtiger Probleme und eine Vorstellung und Begründung der Anträge. Daran habe ich mich heute orientiert.

Ich danke dem Kämmerer und seiner Frau- und Mannschaft für seine Arbeit. Unsere Fraktion trägt die gefunden Kompromisse zur Haushaltsgestaltung mit. Wir haben aufgezeigt, wo wir noch Handlungsbedarf vor allem im sozialen Bereich bei der Pflege und im ökologischen Bereich beim Schutz der Artenvielfalt sehen. Hoffen wir, dass wir uns im nächsten Jahre wieder mehr diesen Problemen zuwenden können und vor allem, dass wir sagen können: Wir kriegen es finanztechnisch hin, gemeinsam durch die Corona-Krise zu kommen. „Wir schaffen das!“

